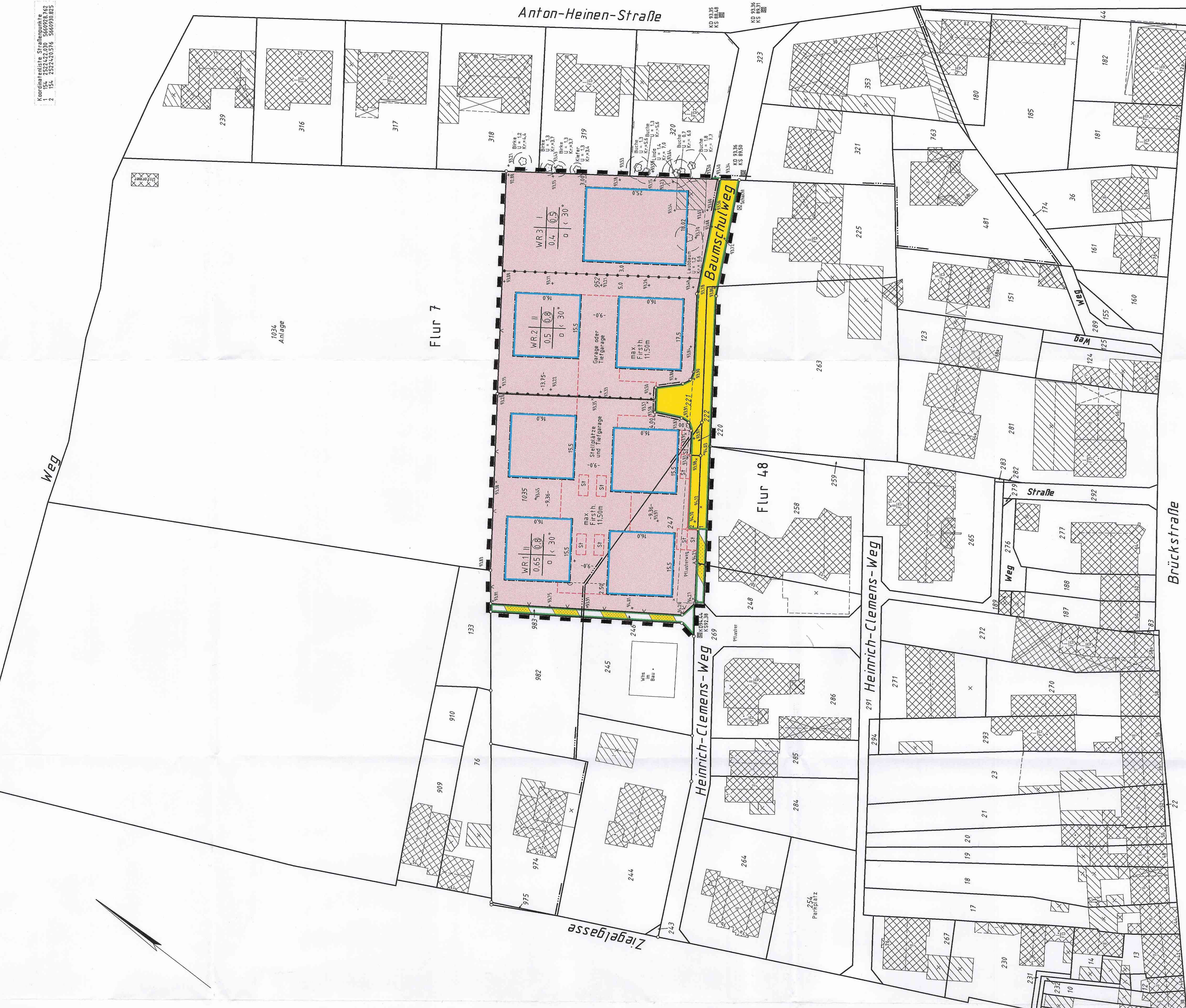


TEXTL. FESTSETZUNGEN:

1. **Planungsrechtliche Festsetzungen**
- 1.1 Art der baulichen Nutzung
- Reinweis Wohngebiet, Abs. 3, 2. BauNVO
Maßstab: 1:500, nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- 1.2 Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO
- 1.2.1 Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 und Abs. 2 BauNVO sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen gem. § 28 Abs. 5 BauNVO zulässig.
- 1.3 Garagen und Stellplätze gem. § 12 BauNVO
- 1.3.1 Garagen und Stellplätze sind zulässig, wenn sie in der Weise und in der Lage im WR2 Gebiet sind, die für die Ausweisung der Flächen im WR2 Gebiet als Stellplätze für die Garagen in der hierfür ausgewiesenen Fläche zulässig ist.
- 1.4 Höhe baulicher Anlagen gem. § 18 BauNVO
- 1.4.1 Bezugspunkt: Die Höhe der Gebäude ist in der Höhe der Mitte der überbaubaren Fläche als Bezugspunkt zu nehmen.
- 1.4.2 Gebäudehöhe: In den Gebieten WR1 und WR2 wird die Höchsthöhe mit max. 11,50m über dem unteren beschriebenen Bezugspunkt festgesetzt. Festsetzung: Als Höchsthöhe ist die Höhe des letzten vollständigen Obergeschosses im Erdgeschoss anzusetzen.
- 1.4.3 Sockelhöhe: Die Sockelhöhe der Gebäude ist max. 0,5m über dem unteren, beschriebenen Bezugspunkt festzusetzen. Als Sockelhöhe ist die Höhe des letzten vollständigen Obergeschosses im Erdgeschoss anzusetzen.
- 1.6 Pflichten gemäß § 9 Abs. 1 Ziff. 2 BauNVO
- Die gesamten Bebauungsmaßnahmen sind dem Bebauungsplan zu unterbreiten, der Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist.
2. **Bauordnungsrechtliche Festsetzungen gem. § 86 BauO NRW, Fassung 7. März 1995**
- 2.1 Dachneigung
- Die max. Dachneigung beträgt 30°.
- 2.2 Versiegelung von nicht überbaubaren Grundstücksflächen
- Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen dürfen nicht mehr als 10% versiegelt werden.
- 2.3 Einfriedigungen
- Einfriedigungen, welche an eine Verkehrsfläche grenzen, sind in einer Höhe von max. 1,50m über dem unteren, beschriebenen Bezugspunkt zulässig. In der Höhe der Einfriedigung sind die Verkehrsflächen zu versiegeln. Die Einfriedigung ist als Mauerwerk auszuführen. Die Einfriedigung ist als Mauerwerk auszuführen. Die Einfriedigung ist als Mauerwerk auszuführen.
3. **Hinweise**
- 3.1 Der Planabsatz liegt in der Verantwortung der Eigentümer. Die Eigentümer sind auf Grund der Sumpfmaßnahmen bezüglich des Brauchwasserabflusses nicht auszuscheiden.
4. **Nachrichtliche Übernahme**
- 4.1 Der Planabsatz liegt innerhalb der Zone II A des Wasserschutzgebietes für die Wasserversorgung der Stadt Erkelezen.



RECHTSBASIS:

- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.

- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.

- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.

- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.

- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.

- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.

- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.

- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.
- Der Bebauungsplan ist ein öffentlich-rechtliches Instrument, das die städtebauliche Entwicklung eines Gebietes steuert. Er ist ein Bestandteil des Städtebaurechts und wird durch das Baugesetzbuch (BauGB) geregelt.

Art der baulichen Nutzung

§ 9(1) Nr. 1 BauGB und § 1(2) Nr. 3 u. 4 BauNVO

Maß der baulichen Nutzung

Reinweis Wohngebiet, Abs. 3, 2. BauNVO
Maßstab: 1:500, nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

Zeichnerische Festsetzungen

2.8 II Zahl der Vollgeschosse
als Höchstmaß

Bauweise, Baugrenzen

§ 9(1) Nr. 2 BauGB und § 22 u. 23 BauNVO

Offene Bauweise

Verkehrsflächen

§ 9(1) Nr. 1 BauGB

Erhalt und Anpflanzung von Bäumen und Hecken

§ 1(2) BauStättG ab BauGB

Sonstige Planzeichen

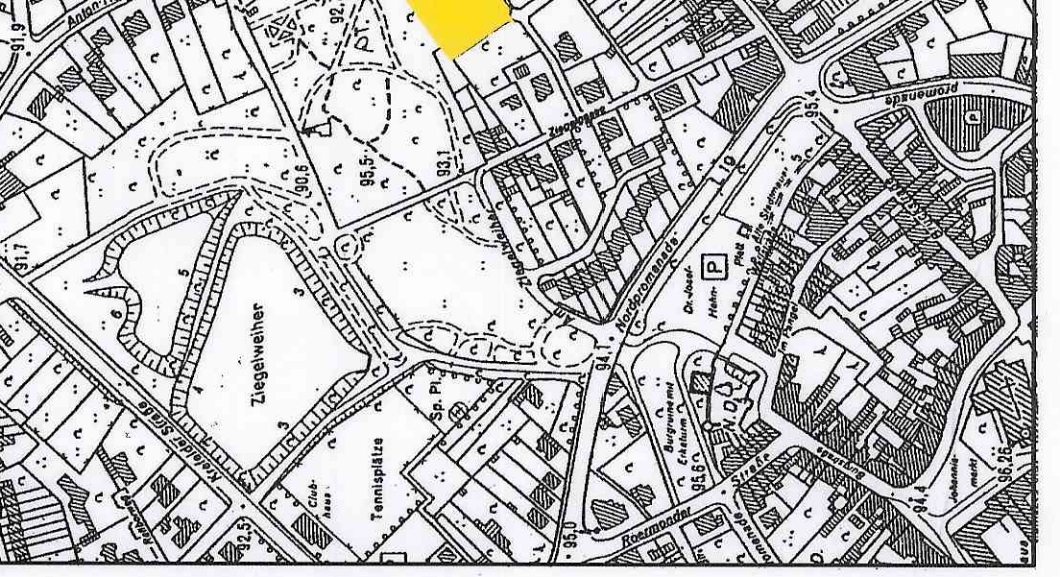
§ 9(1) Nr. 4 BauGB, § 9(7) BauGB

Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

§ 86 BauO NRW und § 1(4) BauGB

Zeichenerklärung

- Wohn-gebäude
- Wirtschafts-gebäude
- unterirdisches Gebäude
- Kanaldeckel
- Zaun
- Kommunikations-Infrastruktur
- Wasserleitung
- Flurgrenze



Übersicht

Maßstab 1 : 5000

STADT ERKELENZ
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. III/5
"Baumschulweg"
STADTBEZIRK: ERKELENZ - Mitte

Gemarkung Erkelezen
Flur 7 + 48
Maßstab 1 : 500
Ausfertigung